

NEWSLETTER OKTOBER 2010

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor einem Jahr ist die schwarz-gelbe „Wunschkoalition“ mit dem Anspruch gestartet, Entlastungen für die gesamte Bevölkerung zu schaffen. Doch die Bilanz ist eine Dokumentation hemmungsloser Klientelpolitik zugunsten von Hoteliers, energieintensiven Unternehmen und den vier großen Atomkonzernen. Der von Bundeskanzlerin Merkel angekündigte „Herbst der Entscheidungen“ begünstigt vor allem die Pharmaindustrie und die Atomlobby. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bleibt auf der Strecke. Einzig und allein freuen können sich die Großkonzerne durch Milliardengewinne. Die Bevölkerung empfindet das Handeln von Schwarz-Gelb als einen Dauerstreit zwischen Rivalen und nicht Koalitionären.

In den Anhörungen zum Energiekonzept und dem Atomgesetz und den damit verbundenen Beratungen im Umwelt- und Wirtschaftsausschuss des Bundestages ist dies auf erschreckende Weise deutlich geworden. So bestätigten die geladenen Experten, dass Laufzeitverlängerungen für deutsche Atomkraftwerke den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien behindern und ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellen. Sicherheitsstandards werden sogar herabgesetzt anstatt angehoben.

Profitieren tun dabei ausschließlich die vier großen Konzerne RWE, E.On, EnBW und Vattenfall, die den Deal in den Hinterzimmern des Kanzleramtes über Nacht vor wenigen Wochen aushandelten.

Unsere Position zu dieser Nacht- und Nebelaktion und zu vielen weiteren Themen erfahren Sie in meinem aktuellen Newsletter.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen meines Newsletters!



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. Bundesregierung ignoriert Expertenrat und übergeht Rechte der Opposition
2. Debatte um Steinkohlesubventionen
3. Bundesregierung hält Rekommunalisierung auf
4. Die vier großen Energiekonzerne machen weiterhin Milliarden Gewinne
5. Grundbruch im ehemaligen Tagebau Spreetal in Sachsen führt zu Verunsicherung
6. Erlass des Bauministeriums NRW zur Genehmigungspflicht bei PV-Anlagen
7. Vorsitzender Nationalpark Eifel
8. Trauer um den verstorbenen SPD-Umweltpolitiker Hermann Scheer
9. Fachgespräch Schiefer-Gas – Revolution auf dem Gasmarkt?
10. Bergschäden-Tour „Wer anderen eine Grube gräbt ...“ im November in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt
11. Castor-Behälter nach Gorleben auf der Demo am 6.11.2010 aufhalten

1. Bundesregierung ignoriert Expertenrat und übergeht Rechte der Opposition

Die Anhörungen und Beratungen in den Ausschüssen des Bundestages zum Energiekonzept der Bundesregierung und der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken waren die großen Themen in den vergangenen Tagen im Parlament. Durch eine Vielzahl von Experten wurde deutlich bestätigt, dass es sich bei der geplanten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke um einen schwerwiegenden Fehler handelt. Strom aus unflexiblen Grundlastkraftwerken wird die nur begrenzt vorhandenen Netzkapazitäten blockieren. Dies führt zu einem Systemkonflikt mit den dezentralen Erneuerbaren Energien. Deren Wachstum wird dadurch blockiert, auf Kosten des Klimas und der in dieser innovativen Branche beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein Videostatement und eine Bewertung von mir zu den Anhörungen finden Sie **HIER**. Die Stellungnahmen der Verbände im Umweltausschuss finden Sie **HIER** und die des Wirtschaftsausschusses **HIER**. Besonders hinweisen möchte ich auf die **STELLUNGNAHME** der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) die deutlich macht, dass die unflexiblen Atomkraftwerke den Ausbau der Erneuerbaren Energien behindern.

Bei den parlamentarischen Beratungen in den Ausschüssen gab es keine angemessene Zeit über die Gesetzentwürfe zu diskutieren. In einem Eilverfahren hat die schwarz-gelbe Koalition ihre Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke durch die Ausschüsse gepeitscht. Im Umweltausschuss hat die Koalitionsmehrheit sogar rechtswidrig die Geschäftsordnung des Bundestags außer Kraft gesetzt, um Fragen und weitere Diskussionen zu verhindern – ein in der Geschichte des Bundestags bisher beispielloser Fall. Am Ende hat die Koalition die Laufzeitverlängerungen und weitere damit in Zusammenhang stehende Gesetze im Plenum durchgestimmt.

Wir Grünen werden gegen dieses undemokratische Verfahren klagen, genauso wie einige Bundesländer – z. B. NRW – da die Bundesregierung das Gesetz für nicht zustimmungspflichtig im Bundesrat hält. Sie ignoriert dabei eindeutige und anders lautende Stellungnahmen von renommierten Verfassungsrechtlern. Meine persönliche Erklärung mit besonderem NRW-Bezug zur Abstimmung über die Laufzeitverlängerungen, die neun Kolleginnen und Kollegen der Grünen Bundestagsfraktion aus NRW ebenfalls unterzeichnet haben, finden Sie **HIER**.

Büro Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-72059, oliver.krischer@bundestag.de

Wahlkreisbüro Düren: Nideggener Str. 68, 52349 Düren, Telefon: +49 2421-189287, oliver.krischer@wk.bundestag.de

2. Debatte um Steinkohlesubventionen

Nach langem Hin und Her scheint sich die Bundesregierung zumindest öffentlich auf eine gemeinsame Linie für den Ausstieg aus den Steinkohlesubventionen im Jahr 2018 geeinigt zu haben. In den letzten Wochen hatte Wirtschaftsminister Brüderle zusammen mit seinen Parteikollegen der FDP immer wieder mit populistischen Forderungen nach einem Auslaufen 2014 versucht, ihrem Umfragetief zu entkommen. Wenn es aber konkret wird, knickt die FDP wie in vielen anderen Bereichen auch hier vor der Kohlelobby ein. Weitere Infos finden Sie [HIER](#).

Wir fordern nun eine schnelle Gesetzesinitiative, die Revisionsklausel aus dem Steinkohlehilfegesetz zu streichen. Nur so gibt es Planungssicherheit für alle Beteiligten und eine Vermeidung von zusätzlichen Bergschäden, Altlasten und Ewigkeitskosten. Dies haben wir auch in unseren Anträgen „[Steinkohlesubventionen jetzt überprüfen](#)“ und „[Subventionierten Steinkohlebergbau sozialverträglich beenden](#)“ eindeutig formuliert. Den weltfremden Träumereien von SPD und Linken für einen dauerhaft steuerfinanzierten nationalen Steinkohlesockelbergbau wäre so endgültig ein Ende gesetzt.

Die Debatte über das Ende der Steinkohlesubventionen wurde in diesem Monat auch im Plenum des Bundestages diskutiert – allerdings nur ‚Zu-Protokoll‘. Auf Antrag der SPD wurden die Reden nur schriftlich beim Parlamentssekretariat eingereicht und es fand kein lebhafter Schlagabtausch im Plenum statt. Noch vor wenigen Jahren hätte die SPD tausende Bergbaukumpel aus den Zechen vor den Reichstag gekarrt. Das zeigt, klammheimlich nähert sich auch die SPD beim Thema Steinkohle der Realität an. Die einzelnen Debatten und unsere Bewertung finden sie [HIER](#).

Ob es der Bundeskanzlerin angesichts des Hin und Her in der Bundesregierung nun noch gelingt alle EU-Staaten – dies nämlich ist erforderlich, um den Beschluss der EU-Kommission für den Ausstieg 2014 zu überstimmen – für ein Ausstiegsjahr 2018 zu gewinnen, erscheint inzwischen sehr fraglich. Am 10. Dezember soll der Rat entscheiden.

3. Bundesregierung hält Rekommunalisierung auf

Am 07. Oktober 2010 beriet der Deutsche Bundestag über den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Gesetzentwurf zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes. Durch wenige Änderungen an dem Paragraphen 46 Abs. 2 ließe sich deutlich mehr Rechtssicherheit für Kommunen schaffen, die ihre Strom- und Gasnetze nach Auslaufen eines Konzessionsvertrages wieder selbst betreiben möchten. Doch die Bundesregierung verschließt die Augen vor den Problemen der Kommunen und schiebt die dringend notwendigen Änderungen auf die lange Bank – auf Kosten der Kommunen und zugunsten von RWE & Co. Weitere Informationen sowie den Gesetzentwurf und die Bundestagreden finden Sie [HIER](#).

4. Die vier großen Energiekonzerne machen weiterhin Milliardengewinne

Eine Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion belegt, dass RWE, EON, EnBW und Vattenfall weiterhin enorme Gewinne einfahren und diese nicht in Form von Preissenkungen an ihre Kunden weitergeben. Insgesamt machten

allein die drei Konzerne RWE, E.on und EnBW im Jahr 2009 einen Gewinn von mehr als 23 Milliarden Euro. Seit 2002 erzielten sie weit über 100 Mrd. Euro Gewinn, was eine Vervierfachung bedeutet. Und für 2010 deutet sich ein weiteres Rekordjahr an, liegt doch der Gewinn nach 2 Quartalen bereits bei rund 15 Mrd. Euro.

RWE hat im letzten Jahr rund doppelt so viel Kapitalrendite bei der Stromerzeugung erwirtschaftet wie die meisten anderen DAX-Konzerne in ihren Geschäftsfeldern. Zu erklären ist dies nicht mit einem Technologievorsprung oder einer besonderen unternehmerischen Leistung, sondern mit den erheblichen Windfall-Profiten insbesondere bei den CO₂-Zertifikaten sowie der immer noch sehr geringen Wettbewerbsintensität im diesem Bereich. RWE hat demnach im Jahr 2009 seinen Kunden rund 2,3 Milliarden Euro zu viel in Rechnung gestellt, wenn man eine für DAX-Unternehmen übliche Rendite auf Märkten mit einem funktionierendem Wettbewerb zugrunde legt. Mehr Wettbewerb auf dem Erzeugermarkt würde den Strompreis in Deutschland deutlich senken.

E.on erwirtschaftet mittlerweile einen Großteil seiner Gewinne über Spekulationsgeschäfte im Derivatehandel, der in dieser Größenordnung nicht mehr allein mit Absicherungsgeschäften erklärt werden kann. Doch die Bundesregierung hat es bisher versäumt, mögliche Risiken zu analysieren und Konsequenzen daraus zu ziehen, damit die Energiemärkte nicht zum nächsten Casino von Finanzjongleuren werden. Stattdessen machen sie den Konzernen durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke satte Milliarden Geschenke. In der Summe können die drei Energiekonzerne bei unterstellten moderat steigenden Strombörsenpreisen damit rechnen, durch eine 12-jährige Laufzeitverlängerung einen gesamten (Netto-)Vorteil von über 70 Mrd. (Barwert 2010) einstreichen zu können, bei dem schon die Brennelementesteuer und die Fondseinzahlungen abgezogen sind. Weitere Ergebnisse und die komplette Studie findet sich [HIER](#).

5. Grundbruch im ehemaligen Tagebau Spreetal in Sachsen führt zu Verunsicherung

Durch einen Grundbruch am ehemaligen Tagebau Spreetal bei Hoyerswerda in Sachsen entstand vor wenigen Tagen ein enormer Sachschaden. Glücklicherweise konnten die Personen vor Ort gerettet werden. Dennoch versanken fünf LKW und 84 Schafe in der wegrutschenden Erde. Nach Medienberichten sind dabei 110 Hektar des ehemaligen Tagebaus ins Rutschen gekommen. Das Oberbergamt sieht durch die starken Regenfälle in den vergangenen Wochen den Grundwasserspiegel stark angestiegen. Dabei sei der lockere Sandboden offenbar ins Rutschen geraten. In einem Brief an das Bundeswirtschaftsministerium habe ich die zuständige Behörde angefragt, wie es ihrer Einschätzung nach zu diesem Unglück kommen konnte und welche Konsequenzen dies hat und ob auch in anderen Tagebauen – wie in NRW – derartige Grundbrüche möglich sind? Den Brief finden Sie [HIER](#).

6. Erlass des Bauministeriums NRW zur Genehmigungspflicht bei PV-Anlagen

Bereits im [Newsletter September 2010](#) berichteten wir über das Urteil des OVG Münster und der Unsicherheit in der Branche zur Genehmigungspflicht bei Photovoltaik-Anlagen. Viele verunsicherte Bürgerinnen und Bürger und

Unternehmen wandten sich an uns, was dieses Urteil für sie nun bedeute. Neben meinem Brief an Bundesumweltminister Röttgen und Bauminister Ramsauer hat das Bauministerium in NRW vor wenigen Tagen ein Erlass veröffentlicht, der den Bauaufsichtsbehörden mittlerweile vorliegt und dort zur Anwendung kommt. Dabei konnten viele Unklarheiten geklärt werden und viele Fragen sind geklärt. Alle Infos und der Erlass finden sich [HIER](#).

7. Vorsitzender Nationalpark Eifel

Der Nationalpark Eifel ist der erste und bisher einzige in NRW und über 10 700 Hektar groß. Er beheimatet über 900 gefährdete Tier- und Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen. Allein 1 300 Käferarten leben in seinen Wäldern und seltene Tierarten wie die Wildkatze, die Mauereidechse und der Schwarzstorch leben im Nationalpark. Kürzlich bin ich zum Vorsitzenden des Fördervereins des Nationalparks Eifel als Nachfolger von Jürgen Roters, Oberbürgermeister von Köln und gewählt worden. Das Presseecho finden Sie [HIER](#).

Aktuell gibt es im Nationalpark eine kontroversere Debatte über ein geplantes „Krimihotel“ auf der NS-Ordensburg Vogelsang, wozu ich mich eindeutig geäußert habe. Die Äußerungen sind in der Rubrik [Presseecho](#) auf meiner Homepage zu finden.

8. Trauer um den verstorbenen SPD-Umweltpolitiker Hermann Scheer

Hermann Scheer, einer der großen Kämpfer für die Erneuerbaren Energien verstarb völlig überraschend und für viele noch unfassbar am 14. Oktober 2010. Das unermüdliche Engagement des Trägers des alternativen Nobelpreises für die Erneuerbaren Energien und insbesondere der Solarenergie wird uns fehlen. Einen Nachruf finden Sie [HIER](#).

9. Fachgespräch Schiefer-Gas – Revolution auf dem Gasmarkt?

Schiefergas wird genau wie Gas aus Sandsteinen, Kalksteinen, Kohleflözen, Aquiferen und Gashydraten, als sogenanntes unkonventionelles Erdgas bezeichnet. Verfeinerte Bohrmethoden ("Hydraulic Fracturing") und der steigende Erdgaspreis an den Weltmärkten haben die Förderung von unkonventionellem Erdgas in den vergangenen Jahren technologisch möglich und wirtschaftlich rentabel werden lassen. In diesem Zusammenhang wird in den USA jedoch auch über erhebliche Umweltbelastungen berichtet. Seit einiger Zeit sind nun auch in Deutschland und weiteren europäischen Ländern Unternehmen auf der Suche nach Schiefergas.

Die Grünen Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament haben diese Entwicklung zum Anlass genommen, zu einem Fachgespräch einzuladen. Mehr Informationen über den Verlauf und die Ergebnisse des Fachgesprächs finden Sie [HIER](#).

10. Bergschäden-Tour „Wer anderen eine Grube gräbt ...“ im November in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt

Mit insgesamt drei Veranstaltungen geht die Infotour der Grünen Bundestagsfraktion in die Endphase für das Jahr 2010. In Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) wird am 2.11.2010 unter dem Motto [„Was passiert unter unseren Füßen“](#) über Nutzungskonkurrenzen zwischen Braunkohleabbau,

CO₂-Speicherung, Erdwärmenutzung und Atommülllagerung mit Experten diskutiert. Dabei stehen Fragen um die Rechte von AnwohnerInnen und was Grüne Politik konkret tun kann im Vordergrund. **„Das Erbe des Bergbaus – Altlasten und Zukunftschancen“** ist der Titel der Veranstaltung in Bergkamen (NRW) am 4.11.2010. Nachdem die Zechen seit Jahren geschlossen sind, haben die Bürger vor Ort noch immer mit Bergschäden zu kämpfen und die Interessen des Umweltschutzes stehen meist unberücksichtigt im Hintergrund. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen konkrete Möglichkeiten für Bürgerinitiativen diskutiert werden, genauso wie welche Nachnutzungsmöglichkeiten es für die Region gibt?

Spätestens durch die Hangrutschung in Nachterstedt im Sommer 2009 ist auch die Region um Staßfurt (Sachsen-Anhalt) direkt von Bergschäden betroffen. Aber auch in der Stadt direkt drohen Gebäude durch Schachteinbrüche einzustürzen. Diese Problematik wird am 15.11.2010 unter dem Titel **„Bis der Boden rutscht?“** diskutiert. Zu all den Veranstaltungen lade ich Sie auch auf diesem Wege herzlich ein.

11. Castor-Behälter nach Gorleben auf der Demo am 6.11.2010 aufhalten

Bereits im September protestierten über 100.000 Menschen friedlich in Berlin gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch die Beschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung. Am 6.11. wollen wir die Welle des Protests auch nach Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg tragen. Denn dann werden die nächsten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Strahlenmüll in Niedersachsen erwartet. Zusammen mit einem breiten Bündnis vieler Organisationen wollen wir auf die Straße gehen und der Bundesregierung deutlich machen, dass auch zwei Monate nach dem Kabinettsbeschluss über die Laufzeitverlängerung der Widerstand in der Bevölkerung nicht abgeflaut ist. Alle Infos zum Ablauf der Demo, der Busbörse und zur gewaltfreien Sitzblockade finden sich **HIER**.

Am 23.10 fand in ganz Deutschland dezentralen Anti-Atom-Aktionen anlässlich des Castor-Aktionstages statt. Ich war in Jülich und in Ahaus mit dabei und meine Eindrücke finden Sie **HIER**.